

Klima- und Energiepaket der Europäischen Union

AmCham Germany zur laufenden Revision der EU-ETS Richtlinie 2003/87/EG

Im Rahmen des Maßnahmenpakets der EU in den Bereichen Klimawandel und erneuerbare Energien bis 2020, wird zur Zeit die Richtlinie 2003/87/EG für den Handel mit Treibhausgasemissionszertifikaten in der Gemeinschaft novelliert. Zentraler Ansatz der Europäischen Kommission ist die Ausweitung und Verschärfung des „*Emission Trading Scheme*“ EU-ETS, um Treibhausgasemissionen kosteneffizient zu senken. Ziel ist die Reduzierung der europäischen Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 21 % im Vergleich zum Jahr 2005. Die EU geht dabei einseitig gegen die etwa hälftigen industriellen CO₂ Emittenten vor und lässt die andere Hälfte der Emittenten, Privathaushalte und Landwirtschaft, unregelt.

AmCham Germany ist der Auffassung, dass der Klimawandel ein globales Problem ist, das globaler Lösungen bedarf. In diesem Sinne bekennen sich auch die Mitgliedsfirmen von AmCham Germany dazu, ihren Beitrag zu leisten. Dabei gilt es jedoch, die Auswirkungen der geplanten EU-Maßnahmen auf Europa als Wirtschaftsstandort angemessen zu berücksichtigen. Klimapolitik muss kosteneffizient gestaltet werden, um die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland für die Industrie, insbesondere für energieintensive Branchen, nicht aufs Spiel zu setzen. Dieser Wirtschaftsstandort darf nicht durch einseitige klimapolitische Vorgaben, die global nicht abgestimmt sind oder einseitig nur die Industrie belasten, an Attraktivität verlieren.

Versteigerung von Emissionszertifikaten führt zu erheblichen Kostensteigerungen

Der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Änderung der EU-Emissionshandels-Richtlinie EU-ETS für die Periode 2013-2020 sieht die Versteigerung von Emissionszertifikaten als prinzipielle Zuteilungsmethode vor. Im Jahr 2020 sollen die Unternehmen alle Emissionszertifikate ersteigern müssen, die sie derzeit noch kostenlos zugeteilt bekommen. Insbesondere Branchen, die diese Zusatzkosten nicht über ihre Produktpreise weitergeben können, da ihre Produkte einem starken internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, fürchten um die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Standorte, sollte es ab 2013 noch kein weltweit verpflichtendes Handelssystem geben, das außereuropäischen Wettbewerbern gleichwertige Emissionsminderungspflichten auferlegt. Das Risiko von Produktionsverlagerungen in Länder außerhalb der EU dürfte spürbar steigen.

Durch die Versteigerung von Zertifikaten würden sich die Kosten, insbesondere in den energie- und stromintensiven Branchen erheblich erhöhen. Allein die deutsche chemische Industrie schätzt ihre dadurch entstehende zusätzliche Belastung auf 450 Mio. Euro im Jahr 2013, mit einer steigenden Belastung bis zum Jahr 2020 auf mehr als 1,8 Mrd. Euro pro Jahr. In den stark industriebasierten Ökonomien Europas, allen voran in Deutschland, würde eine solche Zusatzbelastung nicht ohne gravierende Einschnitte zu tragen sein.

Von der Ersteigerung von Zertifikaten ausgenommene Sektoren jetzt festlegen

Die Wirtschaft braucht für ihre Investitionsentscheidungen Rechtssicherheit und langfristige Berechenbarkeit. AmCham Germany begrüßt die jüngsten Aussagen der deutschen Bundesregierung, dass einer Emissionshandelsrichtlinie für die Zeit von 2013 bis 2020 nur zugestimmt wird, wenn gleichzeitig Kriterien bestimmt werden, für welche Branchen Ausnahmen gelten.

Den Ansatz der Europäischen Kommission und Teilen des Europäischen Parlamentes über die künftigen Belastungen der Industrie bereits bis Ende dieses Jahres zu entscheiden, Ausnahmen aber erst in 2010 oder 2011 festzulegen, lehnen wir aufgrund der damit verbundenen großen

Unsicherheit ab. Insbesondere bei den sehr stark betroffenen energieintensiven Branchen - Stahl, Chemie, Papier, Zement, Glas, Zucker – steht die Wirtschaftlichkeit ganzer Standorte in unmittelbarer Abhängigkeit zu den Zusatzkosten beim Erwerb von Emissionszertifikaten. Dabei geht es nicht nur um zusätzliche Belastungen der laufenden Produktion, die mit den absehbaren Mehrkosten im globalen Wettbewerb nachteilig positioniert wäre. Auch aktuell zu treffende Investitionsentscheidungen zur nachhaltigen und langfristigen Entwicklung von Produktionsstätten in Deutschland wären betroffen.

AmCham Germany fordert, dass technisch und wirtschaftlich vertretbare Standards im Rahmen der laufenden Richtlinienrevision bei der Sitzung des Europäischen Rates im Dezember oder in jedem Fall vor der bisherigen Deadline im Jahre 2011 definiert werden, um den langfristig von der Versteigerung ausgenommenen Sektoren planbare Investitionsbedingungen zu gewährleisten. Die derzeitige Überarbeitung des EU-Emissionshandelsystems muss dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft Rechnung tragen. Die Belastungen des produzierenden Gewerbes durch den Emissionshandel dürfen nicht die Existenz der Unternehmen und Arbeitsplätze der Beschäftigten gefährden. AmCham Germany schlägt vor, eine freie Zertifikatsausstattung für die energie- und stromintensiven Industrien freizugeben, bis globale Regeln Chancengleichheit gewährleisten.

Mit etwa 3.000 Mitgliedern ist AmCham Germany die größte bilaterale Wirtschaftsvereinigung in Europa. Die Förderung der deutsch-amerikanischen Wirtschaftsbeziehungen und des Wirtschaftsstandorts Deutschland stehen im Vordergrund. Der Standort Deutschland ist mit einem Investitionsvolumen von ca. 130 Milliarden Euro und damit verbundenen 800.000 direkten Arbeitsplätzen der Standort mit der höchsten Konzentration amerikanischer Investitionen.

Gerne informieren wir Sie auch in Zukunft über die Arbeit des Sustainability Committee von AmCham Germany. Für ein persönliches Gespräch oder konkreten Input stehen wir jederzeit zur Verfügung.

Chair Sustainability Committee

Dr. Ingrid Herzog
Director Government Affairs
Dow Deutschland Inc.
Unter den Linden 21, 101178 Berlin
T +49 30 2092-4170
F +49 30 2092-4346
E iherzog@dow.com

Sustainability Committee AmCham Staff Contact

Eva Funhoff
Assistant, Government & Press Relations
American Chamber of Commerce in Germany e.V.
Börsenplatz 7-11, 60313 Frankfurt am Main
T +49 69 929104-41
F +49 69 929104-11
E efunhoff@amcham.de